



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XLIII/215 - 22. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Teilstaat oder Staatsteil? Von Dr. Adolf Arndt, MdB	100
4	Ein Anfang? Erster Nationalkongress der Sozialistischen Linken Frankreichs	50
5 - 6	Kongress der naturierten Langeweile Zum Nialer Parteitag der CDU	75
7	Auf direkte Weisung Moskaus Zu den Pankower Erleichterungen im Reiseverkehr	79

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Teilstaat oder Staatsteil?

Von Dr. Adolf Arndt MdB.

Die Meinung, es sei eine "Tatsache", daß es zwei innerdeutsche Teilstaaten gebe, ist unüberlegt und falsch. Ein Staat zu sein, ist eine rechtliche Qualität, die ein in sich geschlossenes Volk sich durch seinen gemeinsamen Willen schafft. Ein Staat sein und ein Volk sein, ist voneinander untrennbar. Es gibt keinen Staat, der zwei Völker hat, und kein Volk, das zwei Staaten hat. Die Staatlichkeit eines Volkes ist also eine - auf Tatsachen bezogene - Eigenschaft, ein Wert, für den geistige, insbesondere auch rechtliche Maßstäbe gelten. Ihrem Wesen nach kann die Staatlichkeit jedoch unmöglich selber eine "Tatsache" sein, ebenso wie das Gut-sein oder politisch Richtig-sein nichts Tatsächliches ist, sondern eine Bewertung. Die Macht der Nationalsozialisten und ihre Gewalt-herrschaft waren gewiß eine Tatsache, eine sehr wirkungsvolle und schreckliche sogar; trotzdem wäre es verfehlt, anzuerkennen, daß der Nationalsozialismus rechtens gewesen sei und es einen nationalsozialistischen Staat gegeben hätte. Anderenfalls müßte man einräumen, daß Hitler das deutsche Recht und der deutsche Staat war und daß niemand wegen seiner damals begangenen Gewalttaten zur Verantwortung gezogen werden dürfte.

So ist auch die Macht der Kommunisten in der Zone, ihr Herrschen dort, sicherlich eine Tatsache, eine leider sehr gewichtige sogar. Diese Tatsache aus der Welt zu disputieren, wäre eine politische Torheit. Diese Macht ist ein Faktum, das der Politiker in seine Erwägungen einbeziehen muß, wenn er nicht illusionär handeln und sich selber zu Pehlschlägen verurteilen will.

Gleichwohl wäre es grundverkehrt, die kommunistische Herrschaft in Mitteldeutschland als einen Staat oder auch nur Teilstaat zu bewerten und die Lehre von der Zweistaatlichkeit Deutschlands anzunehmen. Denn das hieße: daran zu glauben, daß es kein Bewußtsein der Deutschen mehr gäbe, ein einheitliches und zusammengehöriges Volk zu bilden, sondern zu unterstellen, die Menschen in der Zone erlebten sich geistig als ein eigenes, selbständiges, in sich geschlossenes Volk, das als ein anderes Volk dem bundesrepublikanischen Volk im Westen Deutschlands gegenüberstehe. Gerade das ist doch Gott sei Dank nicht wahr. Staatsrechtliche Fragen als Wert-Fragen sind zu bedeutungsvoll und in ihren politischen Auswirkungen zu folgenschwer, als daß dazu beiläufige Erklärungen abgegeben werden könnten.

Bedauerlicherweise wird allerdings die Irrlehre von der angeblichen Zweistaatlichkeit oder wenigstens Zweiteilstaatlichkeit des einen deutschen Volkes auch vom Westen her immer wieder durch eine falsche Politik und allerlei tendenziöse Behauptungen gefördert. Wer der Irrlehre von der Zweistaatlichkeit des einen deutschen Volkes folgt, schlägt auch in Wengers Kerbe, der uns immer wieder (zuletzt im 'Rheinischen Merkur' vom 19. September) weismachen will, im Jahre 1949 sei die Bundesrepublik Deutschland "konstituiert" und nach einem Zwischenraum des Nichts sei 'wieder ein deutscher Staat gebildet' worden. In Wahrheit aber, wie die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat bezeugen, bedeutete das Bonner Grundgesetz nicht, daß ein separater Staat oder Teilstaat neu 'gegründet' oder aus dem Nichts geschaffen werden sollte, sondern daß innerhalb des fortbestehenden einen deutschen Staates und im Namen des einen deutschen Volkes sich dieses Volk hier im Westen nur eine neue Ordnung, eine Re-organisation gegeben hat.

Es gibt keine zwei deutsche Staaten, auch keine zwei deutsche Teilstaaten, sondern für ein nach wie vor einheitliches Staatsvolk leider zwei deutsche Staatsteile, d.h. zwei Teile ein und desselben Staates, von denen der westliche sich durch das Grundgesetz in neuer Ordnung reorganisierte (keineswegs: konstituierte!), während in der Zone als eine Tatsache die kommunistische Herrschaft andauert.

Absurd ist die - von einem Beamten des Auswärtigen Amtes entwickelte - schein-juristische Ideologie (Bulletin Nr.53 von 19. März 1958), Verhandlungen mit Pankow seien "auch rechtlich unmöglich". Diese Ideologie identifiziert die 50 Millionen Deutschen im Westen mit dem ganzen deutschen Volke und fingiert, daß in der Zone gar nichts existiere, weil angeblich der westliche, vom Grundgesetz reorganisierte Staatsteil der ganze Staat Deutschland sei. Während die kommunistische Ideologie durch eine absichtliche Vermengung zweier Kategorien - der des Faktischen und der des Werthafte - so tut, als ob man die Teilstaatlichkeit von dem einheitlichen Volke ablösen könne, tut umgekehrt diese AA-Ideologie so, als ob man die Staatlichkeit als Wert vom Dasein der Gesamtheit des Volkes trennen könnte.

Wir haben keine Veranlassung, die Frage, ob und wie mit Pankow verhandelt werden könne, unter dem Gesichtswinkel dieses Rechtsproblems zu sehen. Diese Frage, ob Verhandlungen mit Pankow der deutschen Einheit

dienlich sein könnten, darf zwar nicht unter Außerachtlassung der Rechtslage, aber muß politisch entschieden werden. Nicht stichhaltig ist die Ideologie, daß Pankow wegen des Fehlens einer demokratischen Legitimation oder als ein Regime des Unrechts nicht verhandlungsfähig sei. Dann könnte man auch mit Chruschtschow oder Franco oder Salazar nicht verhandeln. Entscheidend kommt es darauf an, die Frage als eine politische Frage richtig zu fassen. Sie lautet: Dient es der deutschen Einheit, daß wir uns von Moskau an Pankow allein verweisen lassen und so tun, als hätte Ulbricht allein die Macht, daß wir durch ein Übereinkommen nur mit ihm die deutsche Einheit in gesicherter Freiheit verwirklichen könnten? Die Frage richtig stellen, heißt sie verneinen. Denn wenn an der zutreffenden Stelle nun von "Tatsachen" gesprochen werden muß, so ist eben dies wirklich eine Tatsache, daß Ulbricht diese Macht nicht besitzt, - vor seinem Mangel an Willen zur freiheitlichen Einheit abgesehen, - sondern daß ohne eine Verständigung auch mit Moskau sowie zwischen Moskau und den NATO-Staaten sich die deutsche Einheit in gesicherter Freiheit nicht erreichen läßt. Mit Pankow allein über die deutsche Einheit verhandeln zu wollen, ist nicht bloß sinnlos, sondern politisch nachteilig, weil es der Sowjet-Union ein Alibi für Untätigkeit ermöglichte und sie aus ihrer Mitverantwortung entließe.

Diese politische Lage schließt nicht aus, daß technische Kontakte mit Pankow im Sinne der wehnertischen und Lemmerischen Vorschläge geboten und um der Menschen in der Zone willen sowie zur mittelbaren Vorbereitung der Wiedervereinigung unerlässlich sind. Auch wird es keine Rechtsfrage, sondern eine politische Machtfrage sein, ob Moskau einmal, schon um seines Prestiges willen, gesonnen sein wird, seinerseits ohne Pankow an den Verhandlungstisch zu gehen. Für die politische Beurteilung gibt es allein den einen Maßstab: Was eröffnet die Aussicht, die uns - auch rechtlich und moralisch - gebotene Verwirklichung der deutschen Einheit in gesicherter Freiheit friedlich und ungefährdet zu erzielen?

+ + +

Ein Anfang?

G.H.-Lyon

Jenseits der großen Staatskunnegebungen zur Abstimmung über den Verfassungsentwurf und jenseits des Blocks der Kommunistischen Partei, die das "Nein" zum Referendum propagiert, entwickelt sich jetzt in Frankreich ein Kern der sozialistischen Linken. Die von Claude Bourdet vor einigen Monaten gegründete Partei der Sozialistischen Linken (D. ist Herausgeber der Wochenzeitung "France Observateur") hielt am vergangenen Wochenende in Lyon ihren ersten Nationalkongreß ab.

Auch außerhalb Frankreichs fand dieser Kongreß starke Aufmerksamkeit. Folgende Organisationen hatten Gastdelegierte, beziehungsweise Beobachter, entsandt: Der Bund der Jugoslawischen Kommunisten, MAPAM - Israel, Neo-Destour, Istioqual, die italienischen Sozialisten (Demni-Partei), die spanische Arbeiterpartei im Exil und eine Oppositionsgruppe der Sozialistischen Partei Belgiens. Von französischen, politischen und gewerkschaftlichen Gruppen waren vertreten: der Hauptvorstand CGT, die unabhängige Lehrgewerkschaft und der frühere französische Luftwaffenminister Pierre Cot. Die SPD hatte einen Beobachter entsandt.

Die "Union der Sozialistischen Linken" hat jetzt etwa 11000 Mitglieder, deren Kern Betriebsarbeiter sind. Stark vertreten ist auch die Lehrerschaft, sowie eine Gruppe von linken Katholiken, die früher politisch zur "Jeune République" gehörte.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob sich die "Union" mit der vor einer Woche aus der Sozialistischen Partei Frankreichs ausgeschlossenen Gruppe vereinigen soll, die die Politik des Generalsekretärs der Partei und de Gaulle-Ministers Guy Mollet ablehnt. Der Kongreß sprach sich für die Vereinigung aus, will aber gewisse Fragen vor einer endgültigen Zusammenschluß klären. Entscheidend für die "Union" ist das Bekenntnis zu einer aktiven Politik des freiheitlichen Sozialismus, fundiert auf die politischen und gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele einer modernen Arbeiterbewegung. Zu den aktuellen politischen Fragen sagt die "Union", daß sie die sofortige Beendigung des Algerienkrieges anstrebt, wobei sie die Anerkennung der Unabhängigkeit Algeriens als selbstverständlich voraussetzt.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation in Frankreich dürfte es interessant sein, daß besonders die Arbeiterdelegierten des Kongresses mit Leidenschaft die Behauptung zurückwiesen, die Nicht-Berufung de Gaulle hatte zu einem Bürgerkrieg geführt. In den Betrieben sei eine allgemeine Bereitschaft der Arbeiter zur Abwehr eines faschistischen oder Militärputsches festzustellen gewesen. Die Arbeiterschaft habe zu einem großen Teil erst dann resigniert, als sie erkennen mußte, daß weder die Führung der Gewerkschaften noch der kommunistischen oder sozialistischen Partei bereit gewesen seien, den Kampf gegen die Militärdiktatur aufzunehmen.

Für die kommenden Wahlen im November will die Union sowohl eigene Kandidaten aufstellen, wie auch Wahlbündnisse mit allen republikanischen Gruppen abschließen. Sehr eindeutig sprach sich der Kongreß für eine Abgrenzung gegenüber der Kommunistischen Partei aus, wobei die Kritik an der KP bei aller Heftigkeit nicht in primitiven Anti-Kommunismus mündete, sondern den Versuch des Brückenschlages zu jenen Elementen meinte - besonders bei der Arbeiterschaft - die heute noch in der KP ihre politische Vertretung sehen.

Kongress der saturierten Langeweile

sp - Die politischen Beobachter, die dem Kieler CDU-Parteitag die Voraussage mit auf den Weg gegeben hatten, dass er ein Kongress der Langeweile werden würde, haben, wenn man jetzt das Fazit zieht, genau ins Schwarze getroffen. Der Regisseur eines zeitkritischen Films hätte seinen Produzenten Einsparungen für den Aufbau und die Darstellung einer Massenversammlung von saturierten und selbstzufriedenen Langweilern ersparen können, wenn er seine Kameramänner für diese drei Mittseptembertage in die Kieler Osteschalla geschickt hätte. Vielleicht war Kiel aber auch eher ein "Heimatfilm", wie ein erboster Journalist den Parteitag seines Kanzlers bezeichnete.

Die Rede dieses Kanzlers entsprach dem Milieu, und sie blieb in dem Rahmen, den man nun schon sattem gewöhnt ist. Nicht einmal die Angriffe gegen die Sozialdemokratie - was wäre Konrad Adenauer ohne die SPD?! - enthielten neue Gedanken, es sei denn die von seinem Knappen Erhard hilflos aufgenommene Behauptung, die SPD wolle zumehr die gesamte wirtschaftliche Produktion einschliesslich der Mittel- und Kleinbetriebe verstaatlichen. Diese blanke Unwahrheit, um deren Verifizierung man sich überhaupt nicht bemühte, war der Ansatzpunkt für den Chefideologen Dr. Gerstenmaier, der in seiner Grundsatzerede, einer Foucauffassung seines Grundsatzerferates vor dem Hamburger CDU-Parteitag 1957, das neue liberalistisch-personalistische Gesellschaftsbild der CDU ausschliesslich zu dem Zweck kreierte, die Liberalen, also die Mitglieder und Anhänger der FDP, mit offenen Armen in die alleinseligmachende CDU aufzunehmen. Gerstenmaier schrieb im Zeichen des Zweiparteienstaates sämtliche anderen Parteien und Gruppierungen ausserhalb der CDU und der SPD auf Null ab und postulierte das Entweder-Oder, wobei in dem "Entweder" der CDU alles aufzusaugen wäre, was nicht zur SPD gehört.

Diesem taktischen Ziel sollte das Gerstenmaier-Grundsatzerferat das weltanschauliche und gesellschaftspolitische Kleid geben. Der Eifer des Referenten war dabei so gross, dass ein FDP-Beobachter des Parteitags sarkastisch meinte, diese Grundsatzerrede der CDU hätte, wenn man nur einige Sätze und Passagen streiche, auch von Reinhold Meier gehalten werden können.

Hier ereignete sich aber die echte Panne des Kieler CDU-Kongresses, denn der Programmsatz Gerstenmaiers "Wir sind an der Grenze

des sozialen Rechtsstaates gelangt" rief eine ganze Reihe tapfer sprechender und kämpfender Arbeitnehmervertreter, so den Senwig-Wohn Jakob Kaisers, den CDU-Bundestagsabgeordneten und Sozialausschüsse-Funktionär Kautzer, zu Protest- und Warnreden auf die Bühne. Ihr Versuch aber, unter Berufung auf das von ihnen verteidigte "Ahlemer Programm" auch den Solidaritätsgedanken noch ein Plätzchen in der CDU-Ideologie zu retten, wurde von der geschlossenen Front der Adenauer-Minister plus Garstenmaier "mit kühlem Kopf und heißen Herzen" als bloße Missverständnisse der Thesen des Grundsatzreferats aufgefangen. Garstenmaier bedauerte es zusätzlich, dass es die Arbeiterbildungsvereine nicht mehr gäbe.

Im Übrigen aber hat sich die CDU in Kiel entschlossen, ihr Gesellschaftsbild nach der Primitivparole "Privatisierung oder Sozialisierung", die das "Ahlemer Programm" endgültig zu den Akten legt, auszurichten. Dabei soll, um Franz Etzel zu zitieren, das Eigentum quer durch die Bundesrepublik gestreut und das deutsche Volk, in Anlehnung an ähnliche gängige Parolen, als "Volk von Eigentümern" werden.

Zweimal schaute die Not unserer Zeit in das Käyil in der Kieler Ostseehalle hinein, und beide Male war es der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Gradl, der den Blick der CDU-Delegierten über die so nahe Zonengrenze hinweg ins mitteldeutsche Land hinein zu lenken versuchte. Die von ihm im Namen der Berliner und Exil-CDU-Vertreter vorgelegte Resolution forderte angesichts des Elends der Zonenflüchtlinge und der Zonenbevölkerung zu einer gemeinsamen gesamtdeutschen Politik auf. Die 500 CDU-Delegierten stimmten dieser Resolution ohne Nein und Enthaltung zu.

Möglicherweise ist dabei aber doch dem einen oder anderen Delegierten die Schweißperle bei dem Gedanken in die Stirn getropfen, dass derselbe Parteitag doch erst wenige Stunden zuvor ebenso sinnfölig dem weisen Kanzler zugestimmt hatte, als er in seinen maßlosen Angriffen gegen die SPD - der er vorwarf, dass eine Verwirklichung innerer Politik die Bundesrepublik und andere westliche Länder in den Machtbereich Moskaus gebracht und uns der Freiheit beraubt hätte - für eine solche Gemeinsamkeit keinen Fußbreit freien Bodens lassen wollte. Der Beifall des CDU-Parteitages zu diesen antisozialdemokratischen Hetzattacken des Kanzlers und zu der Gemeinsamkeitsentscheidung Dr. Gradls läßt das tiefe Elend der inneren Unwehrhaftigkeit dieser Adenauer-Partei erkennen, vor der sie sich auch mit allen Wahlerfolgen nicht reinwaschen kann und für die sie eines Tages zu bezahlen haben wird.

### Auf direkte Weisung Moskaus?

Bisweilen ist aus Pankow auch etwas Überraschendes zu vernehmen, wie z.B., als sich vor wenigen Tagen das Politbüro der SED wieder einmal öffentlich zu Wort meldete. Der Adressat war nicht der Westen, sondern die Zonenbevölkerung und die eigene Staatspartei. Es war eine Ukas für den eigenen Hausgebrauch, aber als solcher für die Beurteilung der Lage durch den Westen von größerem Gewicht als jede bombastische Pankower Note. Das Politbüro empfahl der Regierung der DDR, die Durchführungsmaßnahmen für den Reiseverkehr nach Westdeutschland zu überprüfen und Privatreisen zu erleichtern.

Man kann diese neue Phase der Entwicklung als taktischen Schachzug im Sinne der leninischen Theorie von den "zwei Schritten vorwärts und einem Schritt zurück" deuten. Aber eine Analyse der Vorgänge in Ostberlin läßt doch die Vermutung berechtigt erscheinen, daß Pankow diese Zugeständnisse nicht ganz aus eigener Einsicht, sondern auf einen Wink Moskaus hin machte.

Als die Flucht der Intellektuellen, der Ärzte, Wissenschaftler und Ingenieure Ende August/Anfang September ihren Höhepunkt hatte, tagten die Pankower Spitzenfunktionäre in Abwesenheit des in der SU befindlichen SED-Chef Ulbricht quasi in Permanenz. Es gab dabei nur eine Beurteilung der Lage: jedes Zugeständnis im Sinne einer Lockerung des Parteitagskurses muß praktisch als Kapitulation wirken; daher bleibt nur die eine Lösung: drakonische Maßnahmen zur Abschneidung Berlins von der Zone. In Abwesenheit Ulbrichts freilich konnte es zu keiner Beschlußfassung kommen. Die erste öffentliche Wortmeldung des aus der SU zurückgekehrten SED-Chefs aber war jenes Fernsehinterview vom 12. September, in dem er - ohne Zweifel ganz im Sinne der Fortsetzung des brutalen Kurses - erklärte: "Die Hetzer kommen und gehen, aber die DDR wird bestehen".

Wenn nach dieser eindeutigen Stellungnahme Ulbrichts nur sechs Tage danach das Politbüro von der Ostberliner Regierung eine Erleichterung von Privatreisen nach dem Westen forderte, so läßt diese kurzfristige Wandlung die Vermutung aufkommen, daß sich die Sowjets eingeschaltet haben. Vielleicht ist es auch kein Zufall, daß fast gleichzeitig mit dem Politbürobeschluß Moskau an Bonn jene Note sandte, aus der bei allem Festhalten an den bisherigen sowjetischen Forderungen doch eindeutig hervorgeht, daß Moskau daran interessiert ist, die deutsche Frage im internationalen Gespräch zu halten.

Das Pankower Politbüro glaubt mit der Ankündigung der erleichterten Reisebestimmungen die Forderung verbinden zu können, daß der Westen mit der "diskriminierenden Behandlung von DDR-Bürgern" aufhören müßte. Wenn auch darin ein Pankower Versuch erblickt werden muß, der eigenen Bevölkerung und Partei gegenüber nicht das Gesicht zu verlieren, so wäre es vielleicht doch nicht ganz abwegig, wenn sich die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik einmal die Frage vorlegen würden, ob es denn zur Sicherung der Demokratie wirklich notwendig ist, Beauftragte der SED oder des FDGB, die ohne Zweifel mit bestimmten Propagandaufträgen nach Westdeutschland einreisen, aus dem Zuge heraus verhaften zu lassen. Die Masse der westdeutschen Arbeiterschaft hat sich doch wohl sehr eindeutig als immun gegenüber allen Pankower Infiltrierungsversuchen erwiesen, so daß derartige behördliche Maßnahmen nur allzu leicht lächerlich wirken könnten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel